



Information der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg

Ausgabe März/April 2008

„Alkoholkonsum erschweren – Jugend schützen“

CDU-Fraktion für zeitlich begrenzt Alkoholverkaufsverbot

Für ein Verkaufsverbot für Alkohol an allen Verkaufsstellen zwischen 22 und 5 Uhr hat sich die CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg ausgesprochen. Ziel der Einschränkung des Alkoholverkaufs ist der Schutz der Jugendlichen und eine Verringerung von Gewaltausbrüchen. „Die besorgniserregende Entwicklung des Alkoholkonsums von Kindern und Jugendlichen macht den erschwerten Zugang zu alkoholischen Getränken erforderlich“, erklärte der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Stefan Mappus MdL, die Maßnahme.

Für die CDU-Landtagsfraktion steht der Jugendschutz und die öffentliche Sicherheit an vorderster Stelle, machte Mappus deutlich. „Wir müssen das sogenannte Vorglühen, also das Betrinken am Abend zum Beispiel vor dem Diskobesuch, erschweren“, sagte Mappus. Deshalb solle das Alkoholverkaufsverbot nicht nur für Tankstellen sondern müsse für alle Verkaufsstellen gelten und könne es nur dann die gewünschten Auswirkungen haben, wenn es bereits um 22 Uhr ansetze. Eine Altersbeschränkung für den Verkauf von Alkohol gebe es schon heute, diese werde aber oft umgangen.

Die Zahl der Kinder und Jugendlichen, die vor Mitternacht mit Alkoholvergiftungen in die Krankenhäuser eingeliefert werden, sind nach Expertenaussagen in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen. „Der erschreckenden Entwicklung des Alkoholmissbrauchs bei jungen Menschen müssen wir Einhalt gebieten“, begründet Mappus.

Der Vorsitzende des Arbeitskreises Innenpolitik Hans Heinz MdL und der Polizeipolitische Sprecher der Fraktion Thomas Blenke MdL hatten eine Expertenanhörung auf den Weg gebracht, die sich mit diesen Problemen auseinandersetzt. Fachleute und Praktiker von Polizei, therapeutischer

Suchtberatung und Notfallmedizin machten in der Anhörung deutlich, dass die Rund-um-die-Uhr-Verfügbarkeit von Alkohol etwa an Tankstellen unkontrolliertes „Vorglühen“ fördere. Störungen und Straftaten wie Lärmbelästigung, Sachbeschädigung und Körperverletzung unter Alkoholeinfluss in der Nacht seien zu einem massiven Sicherheitsproblem geworden. Das Sicherheitsgefühl der Bürger werde dadurch vielerorts stark beeinträchtigt.

„Die Zahlen belegen eindrücklich einen Handlungsbedarf bezüglich des Alkoholmissbrauchs“, führte Martin Klett, Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeut und Vizepräsident der Landespsychotherapeutenkammer aus. Die von der CDU-Landtagsfraktion vorgeschlagene Einschränkung des Alkoholverkaufes weise in die richtige Richtung. Raimund Vogt, Polizeihauptkommissar und Jugendsachbearbeiter bei der Polizeidirektion Schwäbisch Gmünd pflichtete bei: „An den Tankstellen treffen sich stets gleichgesinnte, nach Alkohol suchende, meist junge Leute. Es bleibt nicht aus, dass es gerade an den Verkaufsstellen dann zu Ruhestörungen, Ordnungstörungen, Körperverletzung, Sachbeschädigungen, Vandalismus bis hin zu Trinkgelagen kommt.“ Auch eine Vermischung mit anderen Szenen wie der Drogenszene sei die Folge, so Vogt. „Die Polizei sieht sich alkoholbedingten Aggressionen gegenüber.“

Thomas Blenke unterstrich, dass es der CDU-Landtagsfraktion nicht um Verbote und Gängelung gehe. „Mit einem nächtlichen Verkaufsverbot für Alkohol wird ein konkretes und akutes Problem effektiv bekämpft, indem der unkontrollierte Zugang zum Alkohol deutlich erschwert wird. Da wir die Ladenöffnungszeiten weitgehend liberalisiert haben, ist das Alkoholverkaufsverbot eine sinnvolle und notwendige ergänzende Maßnahme zur Korrektur unerwünschter Fehlentwicklungen“. Hans Heinz betonte jedoch, dass Verkaufsbeschränkungen und wirksame Präventionsarbeit Hand in Hand gehen müssten.

Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde bereits auf den Weg gebracht.

Siehe auch „Zur Sache“ auf Seite 11

Text: Cathrin Wenger-Ammann/Konstantin Schwab/
Heiko Kusche



INHALT

Aktuell

[Seite 2-4]

Aus den Arbeitskreisen

[Seite 4-9]

Köpfe

[Seite 9]

Fraktion in Aktion

[Seite 10-11]

Zur Sache

[Seite 11]

Buntes

[Seite 12]

[In]diskret

[Seite 12]

[AKTUELL]

Attraktivität der Professorenstellen prüfen

Minister und Fraktion suchen nach Lösung ohne zusätzliche Haushaltsbelastung

Deutsche Professoren und Hochschuldozenten haben im internationalen Vergleich und im Vergleich zur Wirtschaft geringe Einkommen, wie verschiedene Studien beweisen. Werner Pfisterer MdL, Vorsitzender des Arbeitskreises „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ der CDU-Landtagsfraktion, setzt sich jetzt für eine Reform der Besoldung ein. Wissenschaftsminister Prof. Dr. Peter Frankenberg zeigte sich dem Anliegen gegenüber offen und bietet eine Lösung an, die den Landeshaushalt nicht zusätzlich belastet.

Frankenberg schlug dem CDU-Arbeitskreis vor, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die eine Aufbesserung der sogenannten W-Besoldung durch private Unternehmen ermöglichen. Diese könnten den Hochschulen Drittmittel zur Ver-

fügung stellen und somit Gehalt und Lehrzulagen der Professoren finanziell aufbessern. Die rechtliche Zulässigkeit werde derzeit von mehreren Landesministerien geprüft. Eine weitere Möglichkeit, die finanzielle Attraktivität zu steigern, sehen Frankenberg und Pfisterer in der Einführung einer Einmalzahlung für neu berufene Professoren. Größere Attraktivität versprechen sich beide Wissenschaftspolitiker von einer Neuregelung der Ruhegehaltfähigkeit von Funktionsleistungsbezügen. Die CDU-Fraktion erhofft sich von den Maßnahmen, leichter geeignete Lehrstuhlinhaber, vor allem in den technischen Studiengängen, für die Hochschulen zu gewinnen. „Wir müssen weitere Anreize schaffen, um den Bedarf an guten Hochschullehrern gerade in technischen Fächern decken zu können“, sagte



Pfisterer im Anschluss an eine Arbeitskreissitzung in Stuttgart. Minister und Fraktion planen zudem eine Vereinfachung des Systems der Leistungsbezüge und des Vergaberahmens. Dieser Vorschlag solle im April mit den Rektorenkonferenzen der Hochschulen des Landes erörtert werden, kündigte Frankenberg an.

Text: Heiko Kusche

Lohn für forschungsfreundliche Politik

Werner Pfisterer MdL: „Auf den erreichten Erfolgen werden wir uns nicht ausruhen“

Baden-Württemberg nimmt im Forschungsbereich im Vergleich der Länder in Deutschland und in der EU Platz eins ein. Wie das Statistische Landesamt jetzt mitteilte, wurden im Jahr 2005 4,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Forschung und Entwicklung ausgegeben. Für Werner Pfisterer MdL, Vorsitzender des Arbeitskreises „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ der CDU-Landtagsfraktion, ist diese Spitzenstellung der „Lohn für die forschungsfreundliche und zukunftsgerichtete Politik Baden-Württembergs.“ „Das hervorragende Abschneiden des Landes ist der konsequenten Arbeit der Landesregierung zu verdanken“, sagte Pfisterer, der ausdrücklich Wissenschaftsminister Frankenberg für dessen unermüdliches Engagement lobte. Maßgeblichen Anteil habe auch die CDU-Landtagsfraktion, die sich stetig für Investitionen in Forschung und Entwicklung stark gemacht habe. „Unsere Investitionen werden sich auszahlen und sind sehr gut angelegt“, sagte Pfisterer, der sich trotz des Sparkurses für die zusätzlichen Haushaltsmittel eingesetzt hatte.

Baden-Württemberg hat mit einem Anteil von 4,2 Prozent Forschungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt das von den EU-Mitgliedsstaaten bis 2010 gesetzte Ziel von drei Prozent schon jetzt deutlich übertroffen. Die Ausgaben für Forschung und Entwicklung beliefen sich im Jahr 2005 auf etwa 13,7 Milliarden Euro. Das bedeutet eine Steigerung um elf Prozent gegenüber dem Jahr 2003.

„Auf den erreichten Erfolgen werden wir uns aber nicht ausruhen“, versprach Pfisterer, der die Wettbewerbsfähigkeit der Hochschulen im Land weiter steigern will. „Die Sicherung der Qualität der Hochschullandschaft Baden-Württembergs stellt auch zukünftig einen Schwerpunkt unserer politischen Arbeit dar.“ Als Beispiel führte Pfisterer die Gründung des Karlsruher Instituts für Technologie an (KIT) an. Mit diesem Institut verfolge man das Ziel, in Deutschland erstmalig eine wissenschaftliche Einrichtung mit universitären und nichtuniversitären Großforschungsaufgaben zu schaffen, die im internationalen Vergleich mit führenden Hochschulen in der Schweiz und den Vereinigten Staaten mithalten kann.

Text: Heiko Kusche

Einstellungskorridor von 800 Stellen bereits ab 2008

Mappus und Blenke: Entscheidende Weichenstellung für gleichmäßige Personaleinstellung bei Polizei

Die CDU-Landtagsfraktion hat beschlossen, mit Neueinstellungen bei der Polizei von 800 Stellen jährlich bereits 2008 zu beginnen. Entsprechende Anwärterstellen seien für dieses Jahr vorhanden; die Ausbildung dauere 30 Monate. Die in 2008 anfallenden Kosten für die Erstausrüstung (450.000 Euro) könnten durch weniger Ausgaben im Einzelplan 03 gedeckt werden. Für die ab Herbst 2008 eingestellten Nachwuchskräfte sind nach Beendigung der Ausbildung erstmals ab März 2011 zusätzlich Stellen erforderlich. „Mit dem Beschluss wird das Land seiner Verantwortung für die innere Sicherheit und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei der Polizei gerecht“, erklärten Fraktionsvorsitzender Mappus und der Polizeipolitische Sprecher Blenke.

Durch die uneinheitliche Altersstruktur der Polizei, die ihre Ursachen in schwankenden Einstellungszahlen seit Beginn der 60er Jahre hat, steht das Land vor einer größeren Pensionierungswelle. Rund die Hälfte des Polizeivollzugsdienstes wird bis Ende 2020 ausscheiden. Gleichzeitig geht die Zahl der Schüler und damit die potenziellen Bewerber für den Polizeidienst zurück. Um rechtzeitig gegenzusteuern, haben Fraktion und Regierung einen Einstellungskorridor ab 2009 bis 2013 beschlossen. Mit dem Beschluss können Neueinstellungen bereits in diesem Jahr vorgenommen werden. Stefan Mappus und Thomas Blenke: „Wir verstärken das Personal, verbessern gleichzeitig den Altersaufbau der Polizei und profitieren von der jetzt noch günstigen Bewerberlage.“

Text: Hans Klöppner

Keine Schnellschüsse bei Zuständigkeit für Langzeitarbeitslose

Kooperative Jobcenter sind Mogelpackungen - Betreuung und Vermittlung an Kommunen geben

Der Arbeitsmarktpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Guido Wolf MdL, hat sich eindeutig gegen das von Bundesminister Olaf Scholz (SPD) vorgeschlagene „Kooperative Jobcenter“ als Nachfolgemodell der sogenannten ARGEn ausgesprochen. „Wir brauchen keine Schnellschüsse vom Bund. Wenn jetzt ein neues Modell übers Knie gebrochen wird, droht die Zuständigkeit für die Langzeitarbeitslosen zur Dauerbaustelle zu werden“, kritisierte Guido Wolf MdL. Bekanntlich hat das Bundesverfassungsgericht vor wenigen Wochen die ARGEn als verfassungswidrig erklärt und dem Gesetzgeber drei Jahre Zeit eingeräumt, nach neuen Lösungen für die 353 Arbeitsgemeinschaften (ARGEn) in den Städten und Landkreisen zu suchen. Neben den Arbeitsgemeinschaften betreuen und vermitteln bundesweit 69 Stadt- und Landkreise als sogenannte Optionskommunen Langzeitarbeitslose („Hartz IV-Empfänger“). Die Kommunen tragen den größten Teil der Kosten der Unterkunft für die Langzeitarbeitslosen, nämlich 70 % der Gesamtaufwendungen in Höhe von 11 Milliarden Euro, und dies mit steigender Tendenz.

Für MdL Wolf ist das jetzt von SPD-Minister Scholz gepriesene „Kooperative Jobcenter“ eine reine Mogelpackung. „Was Minister Scholz will, ist der Weg hin zu einem monströsen, an Bürokratie nicht mehr zu überbietenden Bundessozialamt.“ Die Aufgabe der Kommunen in diesen „Jobcentern“ beschränke sich quasi nur noch auf's Auszahlen von Geld. „Die Kommunen hätten de facto kein Mitspracherecht mehr, geschweige denn Gestaltungsmöglichkeiten“, ist Guido Wolf MdL überzeugt.

Nach Darstellung des CDU-Abgeordneten darf es keine Verschlechterung für die Hilfeempfänger geben. Dies wäre beim Kooperativen Jobcenter ganz sicher der Fall. Die Menschen hätten es mit zwei Behörden zu tun, die zwei Bescheide erteilen. Mit „Hilfe aus einer Hand“ habe das nichts zu tun. Wolf forderte den Bundesminister auf, erst die Ergebnisse der vom Bundessozialministerium in Auftrag gegebenen Evaluation abzuwarten, die gegen Ende des Jahres vorliegen werden. „Für diese Evaluation hat der Steuerzahler rund 30 Mio. Euro bezahlt. Es wäre ein Schildbürgerstreich, wenn die detaillierten Untersuchungen und Systemvergleiche für die Katz' gewesen wären“, so der CDU-Abgeordnete.

Die CDU-Landtagsfraktion hat – so Wolf – immer schon die Auffassung vertreten, dass die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen mit zum Teil vielen Handicaps am Sinnvollsten bei den Kommunen angesiedelt ist. Daher habe sich die CDU im Bund und im Land auch für das Optionsmodell ausgesprochen. „Wir bleiben dabei: Die Stärken der Kommunen bei der sozialen Integration von Menschen mit teilweise gravierenden Vermittlungshemmnissen müssen genutzt werden. Die „klassischen“ Instrumente der Bundesagentur versagen bei diesem Personenkreis. Daher kann es nicht sein, dass diese schwierige und mühsame Aufgabe im Prinzip ohne die Kommunen erfolgen soll, wie bei den 'Kooperativen Jobcentern' geplant“, sagte MdL Wolf.

Text: Guido Wolf MdL/Hans Klöppner

[AKTUELL]

Gegen Ganztagsbeschulung

Stefan Mappus MdL: Ganztagschulen nur dort wo sie gebraucht werden und gewollt sind

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, Stefan Mappus MdL, hat die Forderung der Landtagsgrünen nach einer generellen Ganztagschule deutlich zurückgewiesen. „Wir weisen die Forderungen der Grünen

mit allem Nachdruck zurück: Wir wollen keine Zwangs-Ganztagsbeschulung im Gymnasium. Die CDU-Fraktion hat sich bewusst für die flächendeckende, bedarfsorientierte Ganztagschule ausgesprochen. Dort, wo sie gebraucht wird und gewollt

ist, steht das Geld zur Verfügung. Im vergangenen Jahr ist allerdings weniger als die Hälfte der zur Verfügung stehenden Mittel abgerufen worden.“

Text: Hans Klöppner

[AUS DEN ARBEITSKREISEN]

Kreatives Zusammenwirken in inspirierendem Umfeld

Arbeitskreis Wirtschaft zu Gast bei SAP



Die neue Zentrale der SAP Deutschland in Walldorf besuchte der Arbeitskreis Wirtschaft auf Einladung von Peter David (CFO). Die Innenarchitektur mit einer medialen Kunstdarstellung der Geschäftsprozesse soll eine Symbiose von Kunst und Kompetenz darstellen und unterstreichen, dass SAP eines der weltweit führenden Softwareunternehmen ist. SAP stellt hohe Ansprüche an die eigene Leistungsfähigkeit. Mitarbeiter sind das wertvollste Gut, so das hauseigene Credo.

Eine motivierende Arbeitsumgebung muss daher viel Freiraum für unternehmerisch denkende Menschen lassen, damit diese Wachstum vorantreiben und die Zukunft gestalten können. „Erstklassige Leistungen“, so David, „erfordern multidisziplinäres, kreatives Zusammenwirken in einem inspirierenden Umfeld.“ „Recht hat er“, sagte der Vorsitzende des Arbeitskreises Dr. Reinhard Löffler MdL. Das gelte auch für Landtag und Abgeordnetenhaus.

Text: Löffler MdL/Kusche, Foto: Dr. Reinhard Löffler MdL

Das Beste für Hauptschüler erreichen

Mappus und Schebesta treffen sich mit VBE

Nicht nur zahlreiche Schulbesuche, sondern auch der regelmäßige Kontakt mit Lehrerverbänden dienen der CDU-Landtagsfraktion zur Meinungsbildung im Bereich der Bildungspolitik. Jüngst trafen sich Fraktionsvorsitzender Stefan Mappus MdL und der bildungspolitische Sprecher Volker Schebesta MdL mit dem Landesvorstand des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) zu einem Gespräch. Im Mittelpunkt der Diskussion standen

die Maßnahmen zur Stärkung der Hauptschule und das VBE-Positionspapier „Schule neu denken.“ Mappus und Schebesta machten deutlich, dass es der CDU-Landtagsfraktion darum gehe, das Beste für die Hauptschülerinnen und Hauptschüler zu erreichen, und dieser Aspekt in der aktuellen Diskussion um die Schulstruktur leider häufig aus dem Blickfeld gerate.

Text & Foto: Rüdiger Schmidt



[AUS DEN ARBEITSKREISEN]

Förderung praktischer und künstlerischer Fähigkeiten

Bildungsexperten der Fraktion besuchen Einrichtungen in Nürtingen



Das Schulsystem in Baden-Württemberg wird durch zahlreiche Schulen in freier Trägerschaft bereichert, die immer wieder auch Impulsgeber für die öffentlichen Schulen sind. Baden-Württemberg ist zugleich Ursprungsland der Waldorfschulen – Anlass genug für Mitglieder des Arbeitskreises „Schule, Jugend und Sport“, die Rudolf-Steiner-Schule in Nürtingen und den angeschlossenen Waldorfkindergarten zu besuchen. Bemerkenswert fanden die Bildungsexperten vor allem die starke Förderung praktischer und künstlerischer Fähigkeiten, die ihnen bei einem Rundgang durch die Schule präsentiert wurde. Ebenso interessant war der Austausch über die Kooperation von Kindergarten und Grundschule, die auch an Waldorfschulen eine wichtige Rolle beim Übergang vom Kindergarten auf die Schule spielt. Dabei wurde deutlich, dass der baden-württembergische Orientierungsplan für den Kindergarten auch im Nürtinger Waldorfkindergarten herangezogen wird, da er pädagogische Spielräume lässt und mit dem dortigen Kindergartenkonzept gut vereinbar ist.

Text & Foto: Rüdiger Schmidt

Baden-Airpark Söllingen und Hochwasserschutz in Au am Rhein begutachtet

Gemeinsamer Besuch zweier Arbeitskreise in Baden-Baden

Der Arbeitskreis Innenpolitik besuchte auf Einladung der Abgeordneten Ursula Lazarus MdL und Wolfgang Jägel MdL gemeinsam mit Innenminister Heribert Rech MdL den Baden-Airport in Söllingen, die Mitglieder des Umwelt-Arbeitskreises begutachteten Hochwasserschutzmaßnahmen in Au am Rhein.

Die Abgeordneten zeigten sich von der erfolgreichen Entwicklung des Baden-Airports beeindruckt. Die Abgeordnete Ursula Lazarus hob hervor, dass das Land die Regionalflughäfen immer noch mit beachtlichen Summen fördere. „Die sechs Millionen Euro jährlich, die dem Baden-Airport bis 2015 zufließen, schaffen eine sichere Grundlage für die weitere Entwicklung des Flughafens“, so Ursula Lazarus.

Die Umweltpexperten der Landtagsfraktion besuchten Hochwasserschutzmaßnahmen im Bereich Au am Rhein und ließen sich über aktuell anstehende Projekte informieren. Der Arbeitskreisvorsitzende Winfried Scheuermann MdL unterstrich die Bedeutung der Maßnahmen. „Die Realisierung eines wirksamen Hochwasserschutzes bleibt eine der Hauptaufgaben der Umweltpolitik des Landes“, so Scheuermann.

Im Anschluss an die Termine im Baden-Airport sowie in Au am Rhein trafen sich die Parlamentarier in Baden-Baden zum

Gespräch über aktuelle Fragen mit Oberbürgermeister Wolfgang Gerstner.

Text: Peter Poymann, Foto: Ursula Lazarus MdL



[AUS DEN ARBEITSKREISEN]

Die Mitglieder des Arbeitskreises „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ und der Arbeitskreis „Wirtschaft“ der CDU-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg besuchten die Hochschule für Wirtschaft und Umwelt Nürtingen und führten ein Gespräch mit Rektor Prof. Dr. Werner Ziegler. Im Mittelpunkt der Gespräche stand die aktuelle Situation der Hochschule. Ferner wurde die Thematik „Hochschule 2012“ diskutiert.

Text & Foto: Marco Ludwig



Empfehlung des Rechnungshofes kritisch hinterfragt

Arbeitskreis Finanzen in Baden-Baden



Der Arbeitskreis Finanzen kam auf Einladung der örtlichen Landtagsabgeordneten Ursula Lazarus zu einer Klausurtagung in Baden-Baden zusammen. Dort erörterten die Mitglieder die Rahmenvereinbarung zwischen dem Land und der Stadt Baden-Baden hinsichtlich der Staatsbäder, beziehungsweise der Bäder- und Kurunternehmen mit Landesbeteiligung im Land.

Der Arbeitskreis führte zur Rahmenvereinbarung des Landes mit der Stadt Baden-Baden intensive Gespräche mit dem Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden Wolfgang Gerstner sowie dem Geschäftsführer der Bäder und Kurverwaltung Baden-Württemberg Dr. Karlheinz Hillenbrand. Da auch Aspekte der Tourismusförderung erörtert wurden, war der Tourismuspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion Marcel Schwehr MdL als Gast eingeladen.

Hintergrund für die intensive Befassung der Finanzpolitiker mit der Rahmenvereinbarung zwischen dem Land und der Stadt Baden-Baden war die kritische Haltung des Rechnungshofes des Landes zu den Staatsbädern, beziehungsweise den Bäder- und

Kurunternehmen mit Landesbeteiligung im Land. „Der Rechnungshof hat dem Land empfohlen, das Engagement bei der Förderung dieser Einrichtungen, insbesondere auch in Baden-Baden mittelfristig auf nahezu Null zurückzufahren, um so Einsparungen für den Landeshaushalt zu erreichen. Wenn der Rechnungshof derart massive Kritik übt, sieht es der Arbeitskreis Finanzen für erforderlich an, sich vor Ort genauestens über die aktuelle Lage und die künftigen Perspektiven in diesem Bereich zu informieren“, erklärte der Vorsitzende des Arbeitskreises Finanzen Klaus Herrmann MdL.

„In Baden-Baden muss man beachten, dass ein Großteil der vorhandenen Infrastruktur auf die vor langer Zeit beginnende historische Entwicklung der Spielbank zurückzuführen ist und daher auch nur mit Erträgen aus der Spielbank finanziert werden kann“, erklärte die stellvertretende Vorsitzende des Finanzausschusses Ursula Lazarus MdL. Die Forderungen des Rechnungshofes führen aus ihrer Sicht dazu, dass wertvolles Staatsvermögen in Form von hochwertigen und historischen Immobilien an Private veräußert werden müsste und damit eine seit Jahrhunderten gewachsenen Struktur in Baden-Baden zerstört würde. Dies müsse bei den weiteren Beratungen dringend berücksichtigt werden.

„Die Förderung der Strukturen in Baden-Baden ist auch ein Teil der Wirtschaftsförderung des Landes“, erklärte der tourismuspolitische Sprecher der CDU-

Landtagsfraktion Marcel Schwehr MdL. Dadurch, dass die öffentliche Hand historische Gebäude erhalte, werden das Gesamtbild der Stadt Baden-Baden, damit die touristischen Besonderheiten der Stadt und somit auch deren Anziehungskraft erhalten. Dies habe Auswirkungen nicht nur auf den Tourismus in Baden-Baden, sondern auch der gesamten Region.

„Sicherlich hat die beratende Äußerung des Rechnungshofes auch in diesem Fall ihre Berechtigung, da es vorrangige Aufgabe des Rechnungshofes ist, der Politik Einsparpotenziale aufzuzeigen“, erklärte Klaus Herrmann. In strukturpolitisch wichtigen Entscheidungen müsse es aber auch der Politik möglich sein, hiervon abweichende, zukunftsorientierte Entscheidungen zum Erhalt von Landesvermögen und zur Förderung der Wirtschaft und des Tourismus zu treffen, so Klaus Herrmann.

Mit dem Geschäftsführer der Spielbanken Baden-Württemberg Peter Wolf wurde die Lage der Spielbanken des Landes vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen und Gesetzgebungsverfahren erörtert.

Mit einem bundesweit agierenden Inkassounternehmen wurden Gespräche zur Optimierung des Einzugs öffentlich-rechtlicher Forderungen am Folgetag geführt.

Klaus Herrmann dankte Ursula Lazarus ausdrücklich für die hervorragende Organisation und Abwicklung der Klausurtagung.

Text: Klaus Herrmann MdL/Dr. Arndt Möser,
Foto: Dr. Arndt Möser

[AUS DEN ARBEITSKREISEN]

Gemeinschaftsschule kein Schlüssel zum Erfolg

Schulsystem Marseilles unter die Lupe genommen

In der bildungspolitischen Diskussion ist es mittlerweile Standard, auf andere Länder mit erfolgreichen Gemeinschaftsschulen – in vorderster Linie Finnland – zu verweisen. Auf einer Reise des Schulausschusses des Landtags hatten die Abgeordneten die Möglichkeit, ein weiteres Gemeinschaftsschulsystem kennenzulernen – in Frankreich. An drei Tagen wurde der „soziale Brennpunkt“ Marseille – mit starker Arbeitslosigkeit, Strukturproblemen und Stadtvierteln mit hohem Migrantenanteil – unter die Lupe genommen. Bei zahlreichen Schulbesuchen, Gesprächen mit der Schulaufsicht, der Stadtverwaltung und in der Präfektur standen Maßnahmen zur frühkindlichen Bildung, Förderung von Benachteiligten und zur Integration im Mittelpunkt. Fazit: Trotz nach wie vor schwieriger Situation ist es in Marseille im Jahr 2005 nicht zu massiven Krawallen in den Vorstädten gekommen wie in anderen französischen Metropolen. Andererseits: Trotz Vorschule ab dem dritten Lebensjahr und allen Versuchen, durch Gemeinschaftsschulen „Gleichheit“ – „Egalité“ auch in der Bildung herzustellen,



schneiden die französischen Schulen bei PISA und beim internationalen Grundschullesestest schlechter ab als deutsche. Für die CDU-Politiker ein Indiz mehr dafür, dass es auf die Qualität des Unterrichts ankommt und nicht auf die Schulstruktur.

Das Foto zeigt die Bildungspolitiker der CDU-Fraktion bei einem Besuch der „ecole maternelle“ (Vorschule) in Marseille.

Text & Foto: Rüdiger Schmidt



Die Landtagsabgeordneten Sabine Kurtz und Andrea Krueger besuchten jüngst die Berufsakademie Stuttgart, um sich vor Ort über aktuelle Entwicklungen zu informieren. Mit Mitgliedern der Akademieleitung fand ein reger Gedankenaustausch zu hochschulpolitischen Fragestellungen statt.

Das Bild zeigt v.l.n.r.: Prof. Dr. Elzmann (Studienbereichsleiter Technik/stv. Direktor), Sabine Kurtz MdL, Andrea Krueger MdL, Prof. Dr. Weber (Direktor), Prof. Dr. Müllerschön (Studienbereichsleiter Wirtschaft) und Prof. Dr. Renner (Öffentlichkeitsarbeit).

Text & Foto: Steffen Kottmann

[AUS DEN ARBEITSKREISEN]

Wie funktioniert GALILEO?

Thomas Blenke MdL: System von erheblicher Bedeutung für mittelständische Wirtschaft im Land

Eine exakte Bestimmung des Standorts und der Zeit – Informationen, die zukünftig immer häufiger mit hoher Zuverlässigkeit zur Verfügung stehen müssen. Mit dem Satellitennavigationssystem Galileo, einer gemeinsamen Initiative der Europäischen Union und der Europäischen Weltraumorganisation, wird dies in wenigen Jahren möglich sein. Der Arbeitskreis Europa sowie der Europaausschuss haben sich des Themas Galileo angenommen und werden sich in den kommenden Jahren immer wieder damit beschäftigen.

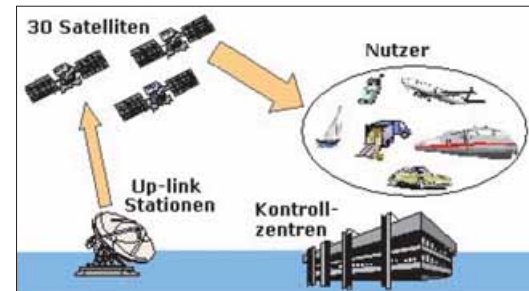
Dabei stellt die Satellitennavigation nur einen Bruchteil der vielfältigen Nutzungsmöglichkeiten von Galileo dar. „Insbesondere die mittelständische Wirtschaft in Baden-Württemberg wird erheblich von diesem System profitieren“, so der Vorsitzende des Arbeitskreises Europa, Thomas Blenke MdL. Das Projekt sei für Baden-Württemberg als Gesamtheit von großer Bedeutung, eine landesweite Zusammenarbeit aller mit diesem Thema befassten Unternehmen und Forschungseinrichtungen sei wünschenswert.

Bereits im Jahr 2006 ist im Wirtschaftsministerium das „Galileo-Forum Baden-Würt-

temberg“ eingerichtet worden, an dem Vertreter von Wirtschaft, Wissenschaft, Kammern und Verbänden beteiligt sind.

Galileo basiert auf einer Konstellation von 30 Satelliten, die in einer Höhe von etwa 23.260 km die Erde umkreisen, und einem Netz von Bodenstationen, die Nutzer aus den verschiedenen Bereichen mit Ortungsinformationen versorgen können. Wie aber funktioniert Satellitennavigation? Die zu der Konstellation gehörenden Satelliten sind mit einer Atomuhr für extrem genaue Zeitmessungen ausgerüstet. Die Satelliten senden Signale aus, die verschlüsselte Informationen über den Sendezeitpunkt enthalten. Das Empfangsgerät auf der Erde besitzt einen Speicher mit den genauen Koordinaten der jeweiligen Satellitenumlaufbahnen. Beim Empfang eines Signals kann somit der Satellit, von dem das Signal ausgestrahlt wurde, festgestellt sowie die Laufzeit des Signals und damit auch die Entfernung zum Sendesatelliten berechnet werden. Werden gleichzeitig Funksignale von mindestens vier Satelliten empfangen, so ist eine genaue Positionsbestimmung möglich.

So sind Satellitensysteme und die darauf aufbauenden Ortungs- und



Navigationsdienste von herausragender wirtschaftlicher und beschäftigungs-, sicherheits- und verteidigungspolitischer Bedeutung. Die hochpräzise Navigation über europäische Galileo-Satelliten ist nicht nur eine Frage der sicheren Navigation im Verkehrsbereich. Es geht auch um die Steuerung komplexer Logistik-Systeme, um Verkehrsleitung sowie um Systeme zur Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen bis hin zur Unterstützung von sozialen Einrichtungen.

Text: Yvonne Hommes, Grafik: Europäische Kommission, Generaldirektion für Energie und Verkehr

Jugendkriminalität beleuchtet

Landeskriminaldirektor referiert vor der AG Jugendpolitik



„Jugendkriminalität – Erfahrungen und Intervention der Polizei.“ Unter diesem Titel stand ein Vortrag von Hartmut Grasmück, Landeskriminaldirektor des Landes Baden-Württemberg, vor den

Mitgliedern der Arbeitsgruppe Jugendpolitik. Nach einer eindrucksvollen Darstellung der aktuellen Situation im Bereich der Jugendkriminalität diskutierten die Jugendpolitiker unter Leitung der Vorsitzenden Sabine Kurtz MdL das Thema intensiv. Die AG Jugend interessierte sich insbesondere dafür, welche Instrumente das Jugendstrafrecht in Baden-Württemberg zur Verfügung stellt und wie diese eingesetzt werden. Dass im Jugendstrafrecht Haftstrafen erst sehr spät verhängt werden können, wurde dabei ebenso kritisch hinter-

fragt wie die Tatsache, dass jugendliche Straftäter Arbeitsstunden, zu denen sie verurteilt wurden, nur in gemeinnützigen Einrichtungen, wie Altersheimen, abarbeiten dürften. Zudem sprachen sich die AG-Mitglieder für eine Lockerung des Datenschutzes gegenüber Eltern von Heranwachsenden aus. Eltern von straffälligen Jugendlichen dürften momentan nur bis zu einem Alter von 18 Jahren von der Polizei informiert werden, berichtete Willi Pietsch vom Jugenddezernat des Polizeipräsidiums Stuttgart.

Text: Marco Ludwig, Foto: Heiko Kusche

[AUS DEN ARBEITSKREISEN]

Für ein gerechtes Gebührenmodell

SWR-Justitiar zu Gast bei der Arbeitsgruppe Medien

Die Veranstaltung der Arbeitsgruppe Medien mit dem Justitiar des SWR Dr. Hermann Eicher stand ganz im Zeichen der Diskussion über die Zukunft der Rundfunkgebühren. Die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, in welcher es um das Verfahren zur Festsetzung der Gebührenhöhe ging, bot dabei den aktuellen Anlass.

Dr. Eicher stellte zunächst die verschiedenen, sich in der Diskussion befindlichen Modelle vor. Zum einen werde eine so genannte „Bürgerabgabe“ beziehungsweise „Kopfpauschale“ vorgeschlagen. Diese sei empfangsgeräte- und nutzungsunabhängig und knüpfe neben dem inländischen Wohnsitz an die Volljährigkeit an. Zum anderen sei eine so genannte Haushaltsabgabe im Gespräch, die wiederum am Haushalt beziehungsweise an den Firmensitz geknüpft werde. Schließlich würden auch noch verschiedene Steuermodelle favorisiert. Diese Modelle hätten sich allerdings bei den Beratungen nicht durchsetzen können, so dass die Entscheidung mit hoher Wahrscheinlichkeit zwischen den ersten beiden Modellen fallen werde. Die ausgearbeiteten Gebührenmodelle sollen den Ministerpräsidenten im Sommer 2008 vorgelegt werden.

Die von einigen Medien in jüngster Zeit geführte Diskussion über die Vorgehensweise der so genannten GEZ-Beauftragten

wird aus Sicht von Dr. Eicher etwas zu einseitig geführt. Er veranschaulichte deren Bedeutung für die Rundfunkanstalten durch eine Gegenüberstellung der Aufwendungen und der Erträge. Der SWR müsse jährlich etwa acht Millionen Euro für ihren Einsatz bezahlen, die Beauftragten sorgten aber im Gegenzug für Anmeldungen in einem Umfang von etwa 72 Millionen Euro. Dies verdeutliche, wie viele Bürger nach wie vor ihre Empfangsgeräte nicht ordnungsgemäß anmelden würden, so dass letztlich die ordnungsgemäß zahlenden Rundfunkteilnehmer die Mehrbelastungen zu tragen hätten. Es sei demnach von enormer wirtschaftlicher Bedeutung und entspreche dem Gerechtigkeitsgedanken, wenn möglichst alle Rundfunkteilnehmer die Gebühren entrichteten.

In Bezug auf die Belastung der Wirtschaft legte Dr. Eicher dar, dass in diesem Bereich bedauerlicherweise einige Missverständnisse herrschten. Zum einen decke sich der in den Verträgen zu findende Passus „nichtprivater Bereich“ nicht automatisch mit dem der Wirtschaft, da hierunter beispielsweise auch Universitäten, Länder und Kommunen fallen. Zum anderen sei durch die PC-Gebühr ein verschwindend geringer Teil der Unternehmen betroffen. Die Erträge durch die PC-Gebühr betragen bei einem Gesamtaufkommen von 7,8 Milliarden Euro insgesamt etwa 400 Millionen Euro. Wichtig



sei vor allem aber der mit dieser Gebühren-erweiterung auf neuartige Empfangsgeräte verfolgte Ansatz, kein Rundfunkempfangsgerät auszulassen, damit keine Lücke entstehe. Leider seien zudem von etwa drei Millionen Unternehmen lediglich etwa eine Million bei der GEZ registriert.

Die Arbeitsgruppe ist der Auffassung, dass Bezahl-Angebote für programmbezogene Dienstleistungen auch im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ermöglicht werden müssten. „Nicht jedes Angebot der öffentlich-rechtlichen Anstalten ist an die Allgemeinheit gerichtet, so dass diese zusätzlichen Angebote kostenpflichtig sein müssten, um ausschließlich durch die tatsächlichen Nutzer finanziert zu werden“, so der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Medien Günther-Martin Pauli MdL abschließend.

Text: Luca Wilhelm Prayon, Foto: Claudia Thannheimer

[KÖPFE]

Monika Bormann in der CDU-Fraktion willkommen heißen

Nachfolge von Klaus Tappeser angetreten

Im Rahmen einer Klausursitzung hat Fraktionsvorsitzender Stefan Mappus MdL mit Monika Bormann ein neues Mitglied in Reihen der CDU-Landtagsfraktion herzlich willkommen heißen. Die Rottenburgerin trat die Nachfolge von Klaus Tappeser an, der nun als Ministerialdirektor im Ministerium für Wissenschaft und Kunst tätig ist.

Die zweifache Mutter ist stellvertretende Abteilungsleiterin der Abteilung Zentrale

Verwaltung im Bischöflichen Ordinariat und seit 2004 Mitglied des Tübinger Kreistags.

Monika Bormann wird sich ab sofort in die Arbeit der Landtagsfraktion einbringen und in den CDU-Arbeitskreisen Innenpolitik und Petitionen mitwirken.

Text: Heiko Kusche, Foto: Rüdiger Schmidt



[FRAKTION IN AKTION]

Stand der Forschung begutachtet

Geschäftsführender Fraktionsvorstand besucht Forschungszentrum Karlsruhe



Mitglieder des geschäftsführenden Fraktionsvorstandes führten eine Vor-Ort-Aktion im Forschungszentrum Karlsruhe durch. Begleitet wurden sie dabei vom Vorsitzenden des Arbeitskreises „Wissenschaft, Forschung und Kunst“ Werner Pfisterer MdL und dem örtlichen Abgeordneten Joachim Kößler. Die Abgeordneten trafen mit Vertretern des Vorstandes des Forschungszentrums Karlsruhe zusammen, um sich über aktuelle forschungspolitische Themen, wie den Stand der Kernforschung in Baden-Württemberg, zu informieren. Des Weiteren ließ man sich auf den neuesten

Stand in Sachen Gründung des KIT (Karlsruhe Institut of Technologie) bringen. Mit der Verschmelzung von Forschungsinstitut und Universität Karlsruhe entsteht eine bundesweit einmalige Konstruktion zur Zusammenarbeit zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung. Abschließend besichtigten die Abgeordneten die Versuchsanlage „Bioliq“, in der synthetische Kraftstoffe aus Biomasse gewonnen werden und zeigten sich beeindruckt von den zahlreichen innovativen Projekten des Forschungszentrums.

Text & Foto: Marco Ludwig

Bürgerempfang in Nürtingen

„Intensiver Dialog ist wichtige Quelle der politischen Arbeit“

Rund 600 Gäste besuchten den Bürgerempfang der CDU-Landtagsfraktion in Nürtingen und nutzten die Chance, direkt mit den Abgeordneten und vielen Regierungsmitgliedern ins Gespräch zu kommen. „Der lebendige und intensive

Dialog mit den Bürgern ist für uns eine wichtige Quelle für unsere politische Arbeit“, sagte Fraktionschef Stefan Mappus MdL im Nürtinger Kongresszentrum K3N. Um Themen, Standpunkte und Meinungen vor Ort aufzugreifen und mit in den Landtag

zu nehmen, sei „die preisgekrönte Bürgerstadt“ Nürtingen der richtige Begegnungsort, erklärte Mappus.

Der Fraktionsvorsitzende erläuterte die politischen Arbeitsschwerpunkte der CDU-Landtagsfraktion und hob besonders die Erfolge der CDU-geführten Landesregierung bei der Haushaltskonsolidierung hervor: „Am 1. 1. diesen Jahres hat die Schuldenuhr in Baden-Württemberg aufgehört zu ticken.“ Der definitive Stopp der Neuverschuldung sei ein zentraler Beitrag zu einer nachhaltigen Chancensicherung.

Mappus lobte die Wachstums-, Export- und Technologiestärke der baden-württembergischen Unternehmen. Gerade der Landkreis Esslingen sei eine kraftvolle „Herzkammer“ des internationalen Spitzenstandorts Baden-Württemberg. Städte wie Nürtingen hätten den industriellen Strukturwandel erfolgreich vollzogen: Aus der früheren „Stadt der Stricknadeln“ sei ein „profiliertes Zentrum weltbekannter Maschinen- und Werkzeugmarken mit Premium- und Hochtechnologie-Anspruch“ geworden.



[FRAKTION IN AKTION]

Mappus unterstrich: „Wachstum und Beschäftigung sind bei uns in allen Landesteilen zu Hause. Das ist der größte Trumpf Baden-Württembergs und der Grund dafür, dass wir seit Jahren Monat für Monat den besten Arbeitsmarkt in Deutschland haben.“

„Unsere Politik sorgt dafür, dass Baden-Württemberg auch in Zukunft das Land der Leistungskraft und der Lebensqualität bleibt“, versicherte der CDU-Fraktionsvorsitzende. Dazu investiere das Land vor allem in Wissen und Bildung. Das baden-württembergische Schulsystem sei im Ländervergleich überaus erfolgreich und innovativ. Die Hochschulen und Universi-

täten des Landes stünden für Exzellenz in Forschung und Lehre.

Wichtiges Investitionsziel sei außerdem eine moderne und leistungsfähige Infrastruktur. Dabei gehöre Nürtingen durch enorme Fahrzeitenverkürzungen und bessere Verbindungen „zu den großen Gewinnern“ des historischen Verkehrsprojekts Baden-Württemberg²¹. Zur Diskussion um den Stuttgarter Flughafenausbau sagte Mappus den Nürtinger Bürgern eine sorgfältige Prüfung aller Argumente und eine „intensive Diskussion mit der Region auf einer stichhaltigen Grundlage“ zu: „Es gibt keine politischen Vorfestlegungen. Wir nehmen die Bedenken der Menschen ernst“.

Seinen Dank richtete Mappus an den örtlichen Wahlkreisabgeordneten Jörg Döpper MdL, auf dessen Einladung die CDU-Landtagsfraktion in Nürtingen tagte. Ganz besonders dankte der Fraktionsvorsitzende auch dem Sinfonieorchester des Nürtinger Hölderlin-Gymnasiums, das den Bürgerempfang musikalisch eröffnete hatte: „Die über 90 talentierten und engagierten Schülerinnen und Schüler sind ausgezeichnete Botschafter der Kultur- und Bürgerstadt Nürtingen.“

Text: Konstantin Schwab, Foto: Claudia Thannheimer

ZUR SACHE



*Thomas Blenke MdL
Polizeipolitischer Sprecher
der CDU-Fraktion
im Landtag von
Baden-Württemberg*

Alkohol ist ein schwerwiegender Gewaltkatalysator

Ein Blick auf die baden-württembergischen Kriminalstatistik 2007 zeigt, dass ein Anstieg der Jugendkriminalität um 2,5 Prozent zu verzeichnen ist. Im Zehnjahresvergleich ist seit 1998 eine Zunahme von 7,5 Prozent festzustellen. Die Anzahl junger Gewalttäter stieg im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr um 10,5 Prozent an. Die Gewaltkriminalität nahm in den vergangenen zehn Jahren um 57 Prozent zu. Jeder dritte Jungtäter stand bei Gewaltdelikten unter Alkoholeinfluss. Die Gewaltkriminalitätsbelastung junger Migranten ist dreimal so hoch wie bei deutschen jungen Tätern. Jugendgewalt wird stark durch Gruppendynamik beeinflusst, so wurde über die Hälfte der Gewaltdelikte von mehreren

Tätern gemeinsam begangen. Im Jahr 2006 stand in Baden-Württemberg fast jeder Dritte der unter 21-jährigen bei Gewaltdelikten unter Alkoholeinfluss. 63 Prozent der Widerstandsdelikte gegen Polizeibeamte lassen sich auf Alkoholeinfluss zurückführen. Die Zahl stationär behandelter Alkoholvergiftungen bei Jugendlichen in Deutschland stieg in nur fünf Jahren um 50 Prozent. In der aktuellen Studie der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung wird festgestellt, dass mittlerweile 22 Prozent der 12- bis 17-jährigen Jugendlichen mindestens ein alkoholisches Getränk pro Woche zu sich nehmen. Weiter wird deutlich, dass 26 Prozent der erwähnten Altersgruppe innerhalb eines Bezugsmonats mindestens an einem Tag fünf oder mehr Gläser alkoholhaltige Getränke konsumieren. Diese Fakten sind besorgniserregend.

Soweit die Analyse der Zahlen. Glaubt man der 15. Shell-Jugendstudie „Jugend 2006“, bleibt jedoch „Aufstieg statt Ausstieg“ die Devise der Jugendlichen in Deutschland. Neben einem hohen Maß an Bewusstsein für die wichtigen Themen der Gesellschaft stellen sie sich den Herausforderungen der Zeit und engagieren sich sozial und ehrenamtlich. Allerdings macht die Studie auch deutlich, wie sehr die soziale Herkunft Lebensorientierungen und Zukunftsaussichten prägt. Gleichzeitig wird aber auch darauf hingewiesen, dass Gewaltereignisse unter Jugendlichen keine Ausnahmeerscheinungen sind. So waren

im Untersuchungszeitraum insgesamt 22 Prozent aller Jugendlichen in Gewalthandlungen verwickelt. Diese Aspekte belegen, dass sich Politik unter präventiven und repressiven Aspekten mit dem Thema Jugendgewalt auseinandersetzen muss. Besonders problematisch ist, dass unter Kindern und Jugendlichen zunehmend ein nächtliches, exzessives Alkoholkonsumverhalten zu beobachten ist. Es ist bekannt, dass Alkohol ein schwerwiegender Gewaltkatalysator ist. Deshalb war es wichtig, dass die CDU-Landtagsfraktion ein nächtliches Verbot für den Verkauf von Alkohol an Verkaufsstellen zwischen 22 und 5 Uhr beschlossen hat. Neben allen diesen initiierten Maßnahmen steht aber auch fest, dass diese nur Rahmenbedingungen und Hilfestellungen sein können und Jugendliche sowie Eltern ebenfalls ihren Beitrag zur Lösung der Problematik beitragen müssen.

Die CDU-Landtagsfraktion hat deshalb eine Große Anfrage zum Thema Jugendkriminalität auf den Weg gebracht. Es wird abgefragt, wie das Land Baden-Württemberg in den vergangenen Jahren im präventiven, operativen und resozialisierenden Bereich durch verschiedene Projekte und Programme tätig geworden ist. Darüber hinaus soll ermittelt werden, wie sich die Fallzahlen in den einzelnen Deliktfeldern entwickelt und wie insbesondere Staatsanwaltschaften, Gerichtsbarkeit und Vollzug auf die wachsende Jugendkriminalität reagiert haben und welche Handlungsspielräume für die Zukunft gesehen werden.

[BUNTES]



Die Gelegenheit zu einem zünftigen Skatenspiel ließen sich der Vorsitzende des Umweltschutzes Winfried Scheuermann MdL und der ehemalige Vorsitzende des Arbeitskreises Sozialpolitik Alfred Haas bei einem Ehemaligentreffen der Fraktion nicht nehmen. Der frühere Fraktionsvize Herman Seimetz, der Vorsitzende des Ausschusses „Ländlicher Raum und Landwirtschaft“ Karl Traub MdL, Fraktionsvize Karl-Wilhelm Röhm MdL und Nicole Razavi MdL schauen vergnügt zu.

Text & Foto: Heiko Kusche



Volker Schebesta MdL konnte bei einer Plenarsitzung im Februar den Liederkranz Schutterwald begrüßen. 40 Sänger waren auf Stippvisite im Landtag und durften mit Genehmigung des Landtagspräsidenten eine Kostprobe Ihres Gesangsrepertoires in der Lobby zum Besten geben. Spontan reihte sich Schebestas Fraktionskollege Bernhard Schätzle MdL in den Chor ein und bereicherte mit seiner Stimme.

Richard Wagner hat Recht: „Das älteste, echtste und schönste Organ der Musik, das Organ, dem unsere Musik allein ihr Dasein verdankt, ist die menschliche Stimme.“

Text & Foto: Heike Herrmann



Dem ehemaligen britischen Premierminister Winston Churchill wird der Ausspruch „No sports“ zugeschrieben. Gibt es überhaupt sportliche Politiker? In der baden-württembergischen CDU-Landtagsfraktion auf jeden Fall!

Die Landtagsabgeordneten Werner Pfisterer, Nicole Razavi, Volker Schebesta, Katrin Schütz sowie Minister a.D. Erwin Vetter waren vier Tage lang gemeinsam auf der Piste in Jerenz im Pitztal unterwegs.

Sport stärkt bekanntermaßen nicht nur die Gesundheit, sondern auch die (Fraktions-) Gemeinschaft. So hatten die sportlichen Christdemokraten nicht nur Spaß am Skifahren, sondern auch am Abend beim politischen Gedankenaustausch.

Text & Foto: Werner Pfisterer MdL

[IN]DISKRET

Der erste Mann im Staate, **Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler** konnte am 22.02. seinen 65. Geburtstag feiern. Wir senden ihm nachträglich die besten Wünsche aus seinem Heimatland Baden-Württemberg nach Berlin.

Runde 75 ist der ehemalige Kultus- und Finanzminister des Landes **Gerhard Mayer-Vorfelder** am 03.03. geworden. Einen Tag nach seinem Geburtstag feierte er noch mal nebst Gattin Margit beim Ehemaligentreffen der CDU-Landtagsfraktion mit Fraktionsmitgliedern und Weggefährten in seiner Heimatstadt Stuttgart. Das Foto zeigt das Ehepaar Mayer-Vorfelder mit **Landtagspräsident Peter Straub MdL**.

Der Vorsitzende der baden-württembergischen Landesgruppe im Bundestag **Georg Brunnhuber MdB** hatte am 18.02. seinen 60. Geburtstag. Wir senden unsere Glückwünsche nach Oberkochen.

Der ehemalige Bundesverfassungsrichter **Prof. Dr. Paul Kirchhof** feierte am 21.02. seinen 65. Geburtstag. Beste Grüße in die Universität Heidelberg!



IMPRESSUM

Herausgeber
CDU-Landtagsfraktion
Baden-Württemberg
Haus der Abgeordneten,
70173 Stuttgart
www.fraktion.cdu.org
post@cdu.landtag-bw.de
V.i.S.d.P.: Heiko Kusche

Gestaltung
Asperger Communication,
Knittlingen

Druck
Friedrich Schröter GmbH
Pforzheim

Versand
FKM-Verlag Karlsruhe

Diese Veröffentlichung der CDU-Landtagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.